

Pressemitteilung vom 18. Oktober 2018

## Die FRAKTION auf Doppelhaushaltsklausur: Verzahnung, Vernetzung, Verstetigung

**Die Fraktion Die FRAKTION hat zur Vorbereitung des anstehenden Doppelhaushalts 2019/2020 Anfang Oktober in Hildesheim getagt und ist absolut bereit, sich um all das zu kümmern, was Ampel und Co. gerne vernachlässigen: Dazu gehören diesmal nicht nur Kunst und Kultur, sondern vor allem auch soziale Themen und die Stärkung des Radverkehrs.**



Die FRAKTION nach Abschluss der Beratungen zum Doppelhaushalt 2019/2020.

*Hannover* – Hannover hat viel vor und ausnahmsweise sogar viel Geld zu verteilen. Im Zuge des kommenden Doppelhaushalts hat auch Die FRAKTION sich beraten, worauf in den Jahren 2019/2020 der haushaltspolitische Fokus gelegt werden soll.

### FOKUS SOZIALES

Gleichstellung ist der FRAKTION wichtig. Neben erhöhten Zuwendungen für diverse freie Träger aus dem sozialen Bereich möchte die FRAKTION das niedersachsenweit erste queere Jugendzentrum eröffnen. Ausgangspunkt ist eine Anhörung am 22. Oktober, für das Zentrum vorgesehen sind 55.000 € jährlich. „Wir springen dort ein,

wo die Altparteien versagen – und die Sozialpolitik liegt bundesweit, aber auch hier in Hannover, seit Jahren brach. Daher fordern wir nicht nur mehr Geld für bestimmte Projekte und Träger, wie zum Beispiel 150.000 € für die Straßenambulanz der Caritas, sondern komplexe Konzepte und Masterpläne gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit sowie für Menschen ohne jegliche Sozialhilfeleistungsansprüche. Auch ein Modellprojekt gegen sexuelle Belästigung im Nachtleben möchten wir durch Zuschüsse endlich auf den Weg bringen. Es gibt viel zu tun, packen wir es an!“, so der sozialpolitische Sprecher Julian Klippert.

### FOKUS KULTUR

Eine Stadt, die Kulturhauptstadt werden will, muss sich um ihre Kunstschaffenden kümmern. Während Verwaltung und Politik zwar grundsätzlich diese Meinung teilen, schaffen sie es trotzdem häufig, die Kultur abseits des hochkulturellen Mainstreams zu vernachlässigen – oder sie nehmen billigend in Kauf, dass aufgrund der Honoraruntergrenze immer weniger Produktionen realisiert werden können. Die FRAKTION steuert dieser Entwicklung durch zahlreiche Anträge entgegen. Die darstellende Kunst muss ausreichend Förderungen erhalten und Räume müssen besser genutzt oder gar ‚geshared‘ werden: Verzahnung und Vernetzung, lautet das Motto, denn nur dadurch kann die Verstetigung der freien Szene erreicht werden, und eben das muss für die Kultur geleistet werden!

### FOKUS RADVERKEHR

Mit der FRAKTION hat die Radfahrer\*innen Lobby nach dem Wegfall der ehemals Grünen einen neuen, starken Partner gefunden. Anstatt kleine Schönheitskorrekturen in der Verkehrspolitik als großen Wurf zu verkaufen, setzt die FRAKTION auf ganz oder gar nicht – bzw. auf das sogenannte „Modal Split“: Ausgehend von 20 % Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr sollen auch 20 % der Gesamtverkehrsinvestitionen zur

Stärkung und Verbesserung des Radverkehrs eingesetzt werden. Der autofreie Sonntag mit Kosten von über 300.000 € hingegen wird – zumindest wenn es nach der FRAKTION geht – gestrichen. „Opium fürs Volk gibt es mit uns nicht“, so der umweltpolitische Sprecher Oliver Förste. „Wenn man Verkehrspolitik von vornherein richtigmacht, dann braucht es keine autofreien Sonntage mehr, und die Stadt ist 7 Tage die Woche ein lebenswerter Raum für alle Verkehrsteilnehmer\*innen.“

#### **FOKUS VAKANTE REALPOLITIK**

Innovationen, eine Ecke weiterdenken, den letzten Meter gehen. Dass Die FRAKTION dies nicht scheut, haben die letzten zwei Jahre im Rat bereits eindrucksvoll bewiesen. Auch in diesem Jahr gaben Politik und Verwaltung viele Denkanstöße: so möchte Die FRAKTION sich u. a. für einen sogenannten „Härkefallfonds“ einsetzen. „Es kann und darf nicht sein, dass verdiente Staatsdiener\*innen plötzlich in die Mittellosigkeit verfallen. Wir müssen diese Menschen auffangen, sie sind schließlich die Stütze unserer Stadt! Ohne sie bricht das System vollkommen zusammen!“, erläutert Klippert die Hintergründe dieses Antrags, durch den vorsorglich (Steuer-) Gelder für suspendierte und hochgelobte Beamte bereitgestellt werden sollen.